Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG)

(Vorübergehende Wiedereinführung der bedarfsabhängigen Zulassung)

Änderung vom ...

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...¹
beschliesst:*

I

Das Bundesgesetz vom 18. März 1994² über die Krankenversicherung wird wie folgt geändert:

Art. 55a Einschränkung der Zulassung zur Tätigkeit zulasten
der Krankenversicherung

¹ Der Bundesrat kann die Zulassung von folgenden Personen zur Tätigkeit zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung von einem Bedürfnis abhängig machen:

- a. Ärztinnen und Ärzte sowie Apothekerinnen und Apotheker nach den Artikeln 36 beziehungsweise 37, ob sie nun ihre Tätigkeit selbstständig oder unselfständig ausüben;
- b. Ärztinnen und Ärzte, die ihre Tätigkeit in Einrichtungen nach Artikel 36a oder im ambulanten Bereich von Spitälern nach Artikel 39 ausüben.

² Kein Bedürfnisnachweis ist erforderlich für Inhaberinnen und Inhaber eines der folgenden eidgenössischen Weiterbildungstitel:

- a. Allgemeine Innere Medizin und dieser Titel der einzige ist;
- b. Praktischer Arzt oder Praktische Ärztin und dieser Titel der einzige ist;
- c. Kinder- und Jugendmedizin.

SR

¹ ...

² SR **832.10**

³ Der Bundesrat legt die Kriterien fest, die für den Bedürfnisnachweis massgeblich sind; vorgängig hört er die Kantone sowie die Verbände der Leistungserbringer und der Versicherer an

⁴ Die Kantone bestimmen die Leistungserbringer sowie die Ärztinnen und Ärzte nach Absatz 1. Sie können deren Zulassung an Bedingungen knüpfen.

⁵ Eine Zulassung verfällt, wenn nicht innert bestimmter Frist von ihr Gebrauch gemacht wird, ausser wenn die Frist aus berechtigten Gründen wie Krankheit, Mutterschaft oder Weiterbildung nicht eingehalten werden kann. Der Bundesrat legt die Frist fest.

II

Übergangsbestimmung zur Änderung vom...

Artikel 55a Absatz 1 findet keine Anwendung auf folgende Personen:

- a. Leistungserbringer, die vor dem Inkrafttreten der Änderung vom ... zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung tätig waren;
- b. Ärztinnen und Ärzte, die vor dem Inkrafttreten der Änderung vom ... zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung ihre Tätigkeit bereits in der gleichen Einrichtung nach Artikel 36a oder im ambulanten Bereich des gleichen Spitals nach Artikel 39 ausübten.

III

¹ Dieses Gesetz wird nach Artikel 165 Absatz 1 der Bundesverfassung als dringlich erklärt. Es untersteht nach Artikel 141 Absatz 1 Buchstabe b der Bundesverfassung³ dem fakultativen Referendum.

² Es tritt am 1. April 2013 in Kraft und gilt bis zum 30. März 2016.

³ SR 101